



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und den Abgeordneten des SSW

zu „Sofortiger Abschiebestopp nach Afghanistan“ (Drs. 19/3176)

Schnelle Hilfe für Menschen aus Afghanistan

Der Landtag wolle beschließen:

Mit dem Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan und der Machtübernahme der militant-islamistischen Taliban hat sich die Sicherheitslage in Afghanistan dramatisch verschlechtert.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag erwartet, dass die Bundesregierung bei der Evakuierung von Menschen in Afghanistan schnelle Hilfe leistet und sich an internationalen Hilfsaktionen beteiligt.

Dabei verdienen die inzwischen vor Ort handelnden deutschen Kräfte, die selber ihre Gesundheit und ihr Leben riskieren, um möglichst viele Menschenleben zu retten, unseren größten Respekt und Anerkennung.

Für den Landtag ist es ein Gebot der Menschlichkeit, Menschen, deren Leben und Freiheit bedroht ist und die sich auch auf die Hilfe Deutschlands verlassen haben, zu schützen.

Der Landtag begrüßt, die schnelle Zusage der Landesregierung gegenüber dem Bund sogenannte Ortskräfte in Schleswig-Holstein aufzunehmen.

Der Landtag begrüßt weiterhin, dass die Landesregierung frühzeitig auf die verschärfte Lage in Afghanistan reagiert hat, den Kontakt zum Bund aufgenommen hat und die Aufnahme besonders gefährdeter Afghaninnen und Afghanen zugesichert hat. Wir sind uns bewusst, dass die Schutz suchenden Menschen aufgrund der politischen Lage in Afghanistan längerfristig bei uns leben werden, so dass wir diese von Anfang an gut in unsere Gesellschaft integrieren müssen.

Der Landtag unterstützt die Landesregierung in dem Anliegen, den Fokus auf jene Menschen zu richten, die durch Beruf, politisches Engagement oder allein durch die Verbindung zu Verwandten vor Ort unseren besonderen Schutz bedürfen. Die Auswahl der zu schützenden Menschen muss sich an rechtstaatlichen Rahmenbedingungen orientieren. Dabei sind auch die besonderen Gefahren zu berücksichtigen, denen gerade Frauen und Kindern in einem von den Taliban beherrschten System ausgesetzt sind. Das darf aber nicht dazu führen, andere gefährdete Personen, die den Flughafen in Kabul erreicht haben, zurückzulassen.

Der Landtag bittet die Landesregierung, den Landtag und seine Ausschüsse fortlaufend über die Entwicklung der Bundesprogramme und die Aufnahme der Schutzbedürftigen zu informieren.

Barbara Ostmeier
und Fraktion

Serpil Midyatli
und Fraktion

Aminata Touré
und Fraktion

Jan Marcus Rossa
und Fraktion

Lars Harms
und die Abgeordneten des SSW